

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F12
VERSION:	R2.0.9.S02
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	bwm-wolfd
NO_DOC_EXT:	2018-066873
SOFTWARE VERSION:	9.6.5
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	detlev.wolf@stbawm.bayern.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

Wettbewerbsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Staatliches Bauamt Weilheim
Münchner Straße 39
Weiheim
82362
Deutschland
Kontaktstelle(n): Staatliches Weilheim
Telefon: +49 881/9900
E-Mail: poststelle@stbawm.bayern.de
Fax: +49 881/9902170
NUTS-Code: DE21N

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.stbawm.bayern.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.stbawm.bayern.de/hochbau/aktuelles.php>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Hochbau

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Realisierungswettbewerb Staatliche Feuerweherschule Geretsried – Erweiterung des Unterkunftsgebietes und Neubau eines Wirtschaftsbereiches mit Parkierung“ Nichtoffener Realisierungswettbewerb nach RPW

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71200000

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Staatliche Feuerweherschule Geretsried liegt am nordöstlichen Stadtrand von Geretsried. Hier werden auf einem Gelände von insgesamt 82.000 qm Führungs- und Einsatzkräfte im Brand- und Katastrophenschutz aus- und fortgebildet. Die Schule soll in den nächsten Jahren zu einer der modernsten Ausbildungseinrichtungen in Deutschland ausgebaut werden.

Die Wettbewerbsaufgabe beinhaltet insbesondere die Planung der Erweiterung des Unterkunftsgebietes um 80 Betten (NF 2.272 qm) sowie eines Wirtschaftsbereiches mit Küche, Speisesaal und Cafeteria (NF:

1.500 qm). Darüber hinaus sollen Parkmöglichkeiten für 170 Stellplätze (NF: 2.365 qm) und eine Müllstation (NF: 80 qm) vorgesehen werden. Der Auslober kann sich hierbei eine Lösung mit Einzelgebäuden bis hin zur Verschränkung der Funktionsbereiche in einem Gebäude vorstellen. Das Wettbewerbsgebiet befindet sich im nordwestlichen Bereich und hat eine Größe von rd. 9.672 qm.

Ziel des nicht offenen Planungswettbewerbs ist es, alternative Ideen und das beste Konzept für die Lösung der Planungsaufgabe und einen geeigneten Auftragnehmer für die weitere Planung zu finden. Der Auslober möchte einen gestalterisch überzeugenden und funktionalen Entwurf erhalten, der vor allem eine hohe Nutzungsqualität aufweist und sich plausibel in das städtebauliche Umfeld einfügt. Es wird dabei ein nachhaltiges und schlüssiges Funktions- und Gebäudekonzept mit einem wirtschaftlichen Verhältnis der Flächenarten zueinander erwartet. Das Gebäudekonzept ist auf einen wirtschaftlichen Gebäudebetrieb auszurichten. Im Umgriff des geplanten Neubaus ist die Anbindung der Erschließung aufzuzeigen.

Die veranschlagten Bauwerkskosten (KG300+400) liegen bei ca. 16,5 Mio. € brutto. Die Kosten sind als Obergrenze zu betrachten; eine wirtschaftliche Bauweise wird vorausgesetzt.

In einem Auswahlverfahren nach § 71 Abs. 3 VgV i. V. m. § 3 Abs. 3 RPW 2013 (Teilnahmewettbewerb) werden die Teilnehmer des Wettbewerbs ermittelt. Diese müssen die vorgegebenen Auswahlkriterien (sh. III.1.10) erfüllen. Übersteigt die nach Auswahl verbleibende Bewerberanzahl die nach IV.1.2) zugelassene Höchstzahl der Teilnehmer, entscheidet gemäß § 3 Abs. 3 RPW das Los.

Nur die im Auswahlverfahren ausgewählten Teilnehmer erhalten die Auslobungsunterlagen.

Es werden 5 Teilnehmer gesetzt, deren Teilnahmeberechtigung nach gleichen Kriterien geprüft wird (Teilnehmer sh. unter IV.1.7). Diese sind in der Höchstzahl unter Ziff. IV.1.2) enthalten.

Im Anschluss an den Wettbewerb beabsichtigt der Ausrichter stufenweise Leistungen der Leistungen der Objektplanung gem. HOAI Teil (3) an einen der Preisträger zu vergeben. Vertragsgrundlage wird das Vertragsmuster des VHF Bayern Abschnitt VII (<http://www.stbawm.bayern.de/hochbau/aktuelles.php>) mit den zugehörigen allgemeinen Vertragsbestimmungen.

Beauftragt wird zunächst nur die Leistungsstufe 1; dies umfasst die Leistungsphasen 2 bis 4 gem. § 34 (3) HOAI. Der Ausrichter beabsichtigt, die Leistungsstufe 2, 3 und 4 (Leistungsphasen 5 bis 9) gemäß den Vertragsmustern stufenweise abzurufen. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung weiterer Leistungsstufen über die Leistungsstufe hinaus besteht nicht.

Termine:

- Ausgabe der Unterlagen / Auslobung vors. in der 26. KW 2018
- Abgabe der Planungswettbewerb vors. 42. KW 2018
- Preisgerichtssitzung vors. 46. KW 2018

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.10) **Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer:**

Zulassungsbereich:

Der Zulassungsbereich umfasst die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie die Staaten der Vertragsparteien des WTO-Ubereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen.

Erklärungen/Angaben zum Zwecke der Auswahl:

Vom Bewerber/Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft sind im Teilnahmeantrag folgende Angaben zu machen und Eigenerklärungen einzureichen:

1. Ausschlußgründe/Interessenkonflikt:

- Erklärung, dass keine Ausschlußgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen
- Erklärung, dass er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren nicht
- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz oder
- gem. § 98c des Aufenthaltsgesetzes mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist
- Erklärung, dass kein Interessenkonflikt nach § 6 VgV besteht
- Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 79 Abs. 2 VgV/ kein Teilnahmehindernis nach § 4 Abs. 2 RPW vorliegt.

2. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

- Erklärung der Berechtigung zur Führung der in III.2.1 geforderten Berufsbezeichnung. Sofern in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt ist, so erfüllt die Anforderungen, wer über ein Diplomzeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung über die Richtlinie 2013/55/EU (Berufsqualifikationsrichtlinie) gewährleistet ist
- Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,
 - a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2013/55/EG zu tragen oder
 - b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Juristische Personen haben einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen, der für die Wettbewerbsleistung verantwortlich ist.

3. Fachliche Anforderungen:

Erklärung mit Angabe von zwei Projekten, dass der Bewerber oder ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft die LPH #en 2 bis 8 bei zwei Projekten mindestens der Honorarzone 3 verantwortlich geplant hat. Die Planungsleistungen müssen innerhalb der letzten 5 Jahre abgeschlossen worden sein.

Bewerbergemeinschaften:

Von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft sind grundsätzlich eigenständige Erklärungen und Nachweise einzureichen. Die fachliche Anforderung (Refprojekt) kann auch gemeinsam nachgewiesen werden. Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (III.9 VHF Bayern) abzugeben

in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung erklärt ist

in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und ausgeführt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt.

Auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften wird insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung von Berufsanfängern und kleineren Büros hingewiesen.

Teilnahmeberechtigung:

Bei einer Bewerbergemeinschaft ist für jeden Beteiligten gesondert ein eigenes Formular Bewerberbogen mit den zugehörigen Unterlagen vom verantwortlichen Vertreter zusammen mit Teilnahmeantrag mit einzureichen. Mit Abgabe des Wettbewerbsbeitrages sind die Nachweise vorzulegen.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten: ja

Beruf angeben: Teilnahmeberechtigt sind natürliche Personen, die am Tage der Bekanntmachung nach den Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt/-in“ gem. Art. 2 BauKaG berechtigt sind.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.2) **Art des Wettbewerbs**

Nichtoffen

Anzahl der in Erwägung gezogenen Teilnehmer: 30

IV.1.7) **Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer:**

Bär, Stadelmann, Stöcker Architekten BDA, Nürnberg

Meier-Scupin Architekten, München

Muck Petzet Architekten, München

Florian Nagler Architekten GmbH, München

Johannes Probst, pmp Architekten GmbH, München

IV.1.9) **Kriterien für die Bewertung der Projekte:**

Die Kriterien des Preisgerichts zur Beurteilung der im Wettbewerb eingereichten Entwürfe nach § 72 Abs. 2 VgV werden wie nachfolgend gelistet festgelegt, wobei die Reihenfolge keine Rangfolge darstellt. Erläuterungen zu diesen Kriterien finden sich ggf. in den Auslobungsunterlagen.

Beurteilungskriterien:

- Allgemeine Anforderungen (Erfüllung Raumprogramms, Erfüllung der rechtlichen Vorgaben und der technische Anforderungen)
- Städtebau (Maßstäblichkeit, Einbindung in die Umgebung)
- Gestaltung (Proportion, Komposition, Gesamtanmutung, Materialität, Fassadengestaltung, Gestaltung der Baukörper, Gebäudegliederung, Raum- und Nutzungsqualität)
- Funktionalität (Raumgestaltung- und bezugsge, Innere und äußere Erschließung, Abläufe innerhalb und außerhalb des Gebäudes)
- Wirtschaftlichkeit
- Energie und Nachhaltigkeit

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge**

Tag: 07/06/2018

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 22/06/2018

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**

Deutsch

IV.3) **Preise und Preisgericht**

IV.3.1) **Angaben zu Preisen**

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben: ja

Anzahl und Höhe der zu vergebenden Preise:

1. Preis: 35.000,- €
2. Preis: 25.000,- €
3. Preis: 15.000,- €
4. Preis: 10.000,- €
5. Preis: 5.000,- €

Sofern der Teilnehmer in Deutschland für die Leistungen aus diesem Wettbewerb Umsatzsteuer abführt, wird diese zusätzlich zu den Preisen erstattet. Im Auftragsfall erfolgt eine Verrechnung des Preisgeldes mit dem Honorar nach HOAI für die erbrachten Leistungen (§ 8 Abs. 2 RPW 2013).

IV.3.2) Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer:

Kosten für die Bewerbung und Bearbeitung werden nicht erstattet.

IV.3.3) Folgeaufträge

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben: ja

IV.3.4) Entscheidung des Preisgerichts

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend: nein

IV.3.5) Namen der ausgewählten Preisrichter:

Frau MR Friederike Fuchs, STMI
 Herr Carsten Lidl, STMI
 Herr Johannes Kett, STMFLH
 Herr Dr. Christian Schwarz, FWSG
 Herr Michael Müller, 1.Bgm. Stadt Geretsried
 Frau Prof. Ulrike Lauber
 Herr Prof. Carlo Baumschlager
 Herr Prof. Andreas Meck
 Herr Prof. Dietrich Fink
 Herr Thomas Wolf, STMWBV
 Herr Peter Aumann, STBAWM

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Mehrfachbeteiligungen:

Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft im Wettbewerb sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften im weiteren Verfahren.

Weitere Vorgaben zur Bewerbung:

Teilnahmeantrag:

Der Teilnahmeantrag und alle weiteren Unterlagen für die Bewerbung können bei der Kontaktstelle gem. I.1) angefordert werden oder unter der unter I.3) genannten Internetadresse heruntergeladen werden. Die Erklärungen und – soweit gefordert – Nachweise zu den Auswahlkriterien sind unterschrieben zusammen mit den Bewerbungsunterlagen (Teilnahmeantrag) im verschlossenen Umschlag mit entsprechender Kennzeichnung beim Ausrichter (sh. unter I.1) auf dem Postweg oder direkt einzureichen. Wird dabei die gesetzte Frist nicht gewahrt oder ist die Schriftform (Unterschrift) nicht eingehalten, wird der betroffene Teilnehmer im Verfahren nicht weiter berücksichtigt.

Fehlende Unterlagen werden nicht nachgefordert. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben.

Anspruch auf Kostenerstattung im Teilnahmewettbewerb besteht nicht.

Eignungskriterien im Sinne des § 70 Abs. 2 VgV für den nachfolgenden Planungsauftrag: siehe Anlage (1) zur Wettbewerbsbekanntmachung, abrufbar unter <http://www.stbawm.bayern.de/hochbau/aktuelles.php>

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen (§ 17 Abs.11 VgV).

Zu IV.3.4) Folgeaufträge:

In Abweichung von § 8 Abs. 2 RPW gilt gemäß der Bekanntmachung der OBB vom 01.10.2013 zur RPW 2013: „Bei der Umsetzung des Projekts ist einer der Preisträger unter Berücksichtigung der Empfehlung des Preisgerichts mit den weiteren Planungsleistungen zu beauftragen, sofern kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht.“

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Maximilianstr. 39

München

80538

Deutschland

Telefon: +49 8921762411

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Internet-Adresse: <http://www.abdnb.bayern.de>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Staatliches Bauamt Weilheim

Münchner Straße 39

Weilheim

82362

Deutschland

Telefon: +49 8819902510

E-Mail: f-vgv@stbawm.bayern.de

Fax: +49 8819902170

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

04/05/2018